

Der Bezirksparteitag des FDP-Bezirksverbandes Hamburg-Wandsbek hat am 21. Oktober 2020 beschlossen:

Offene Kinder- und Jugendarbeit dauerhaft stärken und nicht jedes Jahr zu Bettlern machen!

Sachverhalt:

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit kann entscheidend dazu beitragen, Kinder und Jugendliche in ein selbstbestimmtes und mündiges Leben zu führen und ganz aktuell positive Lebensbedingungen für die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien zu schaffen. Nicht nur das Elternhaus und die Schulen dürfen Ansprechpartner für die Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien sein. Es braucht mehr. Die genannten Personengruppen benötigen Ansprechpartner und einen angemessenen Raum zur Kommunikation innerhalb ihres Sozialraumes. Um einen familienfreundlichen Bezirk zu schaffen, müssen die entsprechenden öffentlichen Mittel den Trägern zur Verfügung stehen.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) ist für uns Liberale ein zentraler Aspekt der sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Denn sie setzt nicht auf Zwang, sondern auf Freiwilligkeit. Sie erreicht gerade die Kinder und Jugendlichen, die wenig Bezugspersonen und Unterstützung haben. OKJA gilt nicht selten als Familienersatz. Sie fördert das demokratische Verständnis und stärkt die Persönlichkeitsentwicklung.

Sie bietet Integration und Teilhabe, weil sie unabhängig von der Leistung des Einzelnen oder dessen Herkunft, Zugänge schafft. Sie hat einen hohen präventiven Nutzen, reduziert Konflikte im Sozialraum und bietet Beschäftigung und Wertschätzung.

Doch diese wertvolle, präventive Sozialarbeit wurde in den vergangenen Jahren immer weiter zu Gunsten der staatlichen Angebote in Form von Ganztagschulen geschwächt, was sich vor allem an den gekürzten finanziellen Ressourcen ausgedrückt hat.

Deshalb möge der Bezirksparteitag Wandsbek beschließen:

Petition/Beschluss:

Die FDP Fraktion Wandsbek wird gebeten,

1. Sich gegenüber der Verwaltung dafür einzusetzen, dass der Senat die notwendigen Rahmenbedingungen und Instrumente schafft, um eine bedarfsgerechte Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII endlich sicherstellen zu können.
Siehe: https://dejure.org/gesetze/SGB_VIII/80.html
2. Das seit Jahren anhaltende, schleichende Sparprogramm durch den nicht vollen Ausgleich der Tarifierhöhungen und Lohnerhöhungen auf Grund Qualifikation für die Einrichtungen zu stoppen
3. Die Verwaltung aufzufordern, das Thema „Inklusion“ in der offenen Kinder- und Jugendarbeit viel stärker in der Planung von Ressourcen zu berücksichtigen, z.B. zur Beseitigung von Barrieren zur Teilhabe, Schulungen und Fortbildungen für Mitarbeiter in der OKJA